

EXTRABLAATT

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview
mit alt-Bundesrat
Christoph Blocher



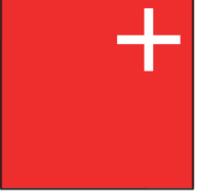
Masseneinwanderung 6-7

Arbeit muss sich
wieder lohnen!



Kanton Schwyz 9-16

Alles Wissenswerte
zu den Nationalrats-
und Ständeratswahlen



Für eine freie und sicherere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massenzuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungernde, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.

In den Ständerat



Alex Kuprecht bisher

Pirmin Schwander



www.sz2019.ch

Haben Sie Fragen
zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 – 18.00 Uhr
sind wir für Sie da.

Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylantern, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2

Alles zu den National- und Ständeratswahlen im
Kanton Schwyz Seite 9-16

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie keine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

« Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. »

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

« Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. »

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei und sicher.

SVP wählen!



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und einen starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie
der rot-grüne Raubzug
auf Ihr Geld konkret aussieht:



Höhere Benzinpreise: **Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

plus Fr. 270.–



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder

von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!**

Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

plus Fr. 1'134.–



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

plus Fr. 400.–



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

plus Fr. 1'128.–



«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derartigen Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Ver-

kehrspolitik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

«Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen?»



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtstress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

«Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat?»

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinflall – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmass-

nahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmass-

nahmen von sofortigem, ewigem tone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungscoalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kan-

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



mehnjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmlösungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den 194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

«Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zu nehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer

von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.



Der vom Volk verlangte Inländerverrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländerverrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

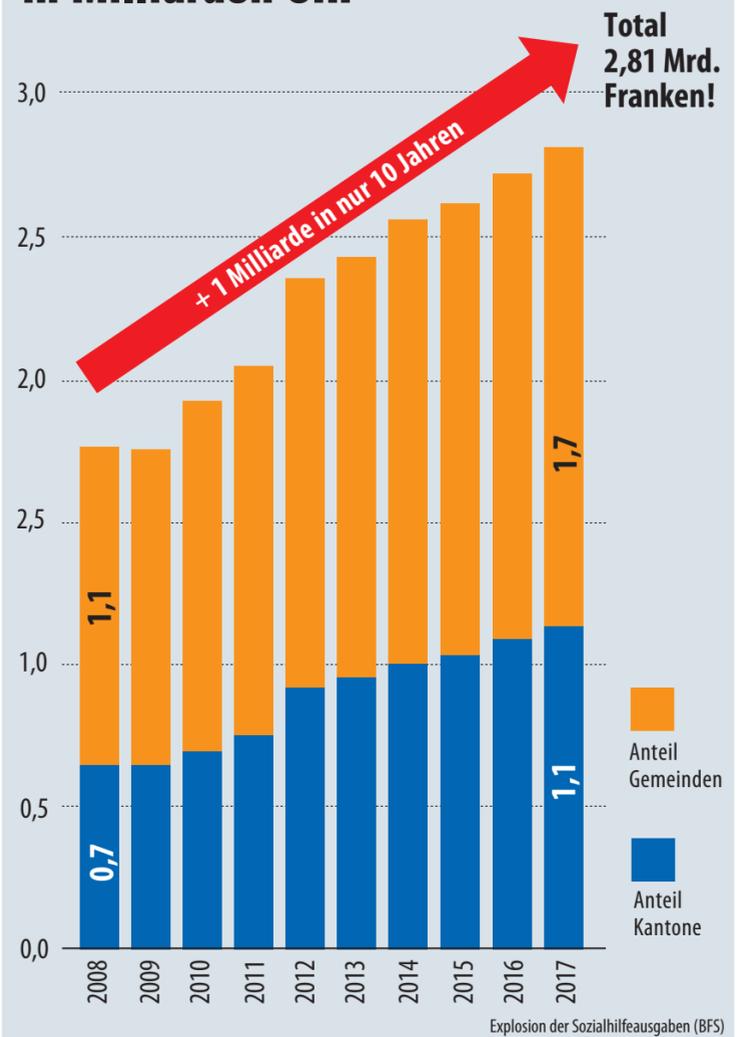
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.

www.svp.ch

SVP wählen!





Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

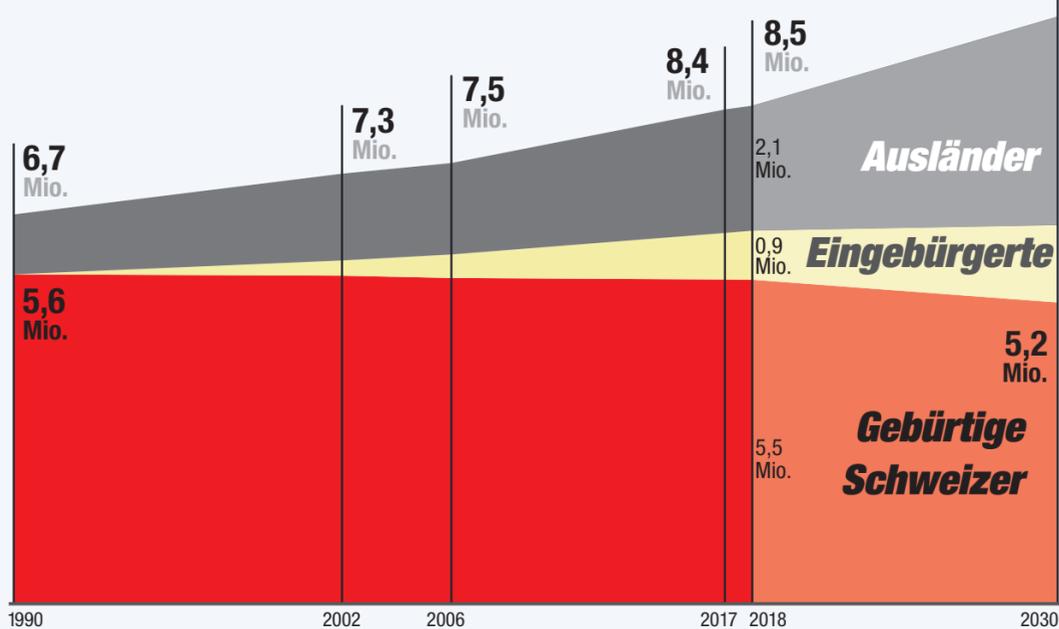
sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

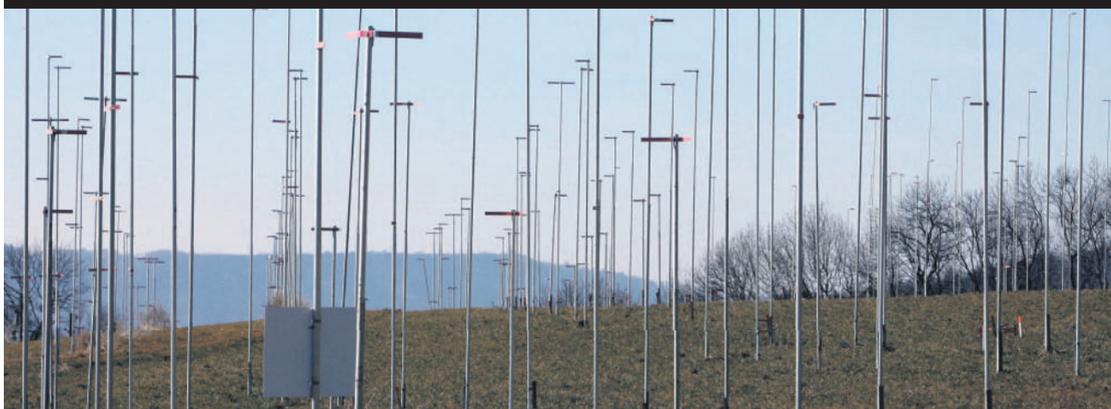
Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:
0800 0 1291 0
Mail:
wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz www.svp.ch/wettbewerb Mitmachen und gewinnen!



1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
- Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- rund 100'000 = KE
- rund 1'000'000 = PW



3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- Mike Shiva = NE
- SVP-Gratis-Wahlhotline = AE



4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- «Freibier auf sicher» = W
- «Frei und sicher» = H



5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- Auf mindestens 10 % = S
- Auf mindestens 15 % = LE



6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung‘ des bilateralen Weges?»

- Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
- Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

___ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)

___ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)

- Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
 - Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
 - Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
- Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

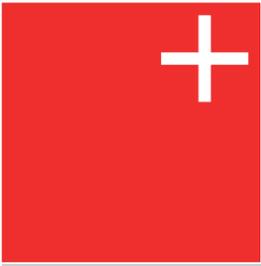
E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch





Erfahrung, Kompetenz und Engagement für den Kanton Schwyz

In den nächsten Jahren werden jährlich rund 100'000 Personen in Rente gehen. Gleichzeitig stossen immer weniger junge Beitragszahler nach.



Roland Lutz
Kantonpräsident SVP Kanton Schwyz

Da die Jungen für die Älteren – im Umlageverfahren – die Renten mitfinanzieren, tut sich ein immer grösserer Graben auf. Auch die berufliche Vorsorge muss dringend reformiert werden. Diese grossen Probleme müssen gelöst werden. Der Kanton Schwyz kann hier weiterhin einen profunden Kenner der Materie ins Stöckli entsenden – **Alex Kuprecht** (bisher).

Das schweizerische Steuersystem wird laufend durch externe Einflüsse – allen voran OECD und EU – unterminiert. Dieser Druck hält mit der angelegten Konzern-Besteuerung am Absatzort an. Auch in diesem Fall kann der Kanton Schwyz einen ausgewiesenen Fachmann mit hoher Kompetenz in den Ständerat entsenden – **Pirmin Schwander** (neu).

«**Diese grossen Probleme müssen gelöst werden.**»

Für unseren nach wie vor landwirtschaftlich geprägten Stand ist es von Vorteil einen Landwirt in der Grossen Kammer zu wissen, der die schwyzerischen Anliegen vertritt. **Marcel Dettling** (bisher) empfehlen wir deshalb zur Wiederwahl.

Die zahlreichen Gewerbler wollen ebenfalls vertreten sein, am besten durch einen waschechten Gewerbler, der zudem langjährige Erfahrung in Legislative und Exekutive mitbringt. **Xaver Schuler** (neu) ist hierzu bestens geeignet.

Nicht nur für die Anliegen der Hauseigentümer und der Finanzwelt, sondern für den ganzen Mittelstand steht unser kompetenter Fraktionschef **Herbert Huwiler** (neu) ebenfalls auf unserer Empfehlungsliste.

Wir bitten Sie, unsere Listen unverändert einzulegen und danken Ihnen dafür.

Roland Lutz, Präsident der SVP Kanton Schwyz, Einsiedeln

Wohlstand – aber in Freiheit

Fragen rund um ein mögliches Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU prägten die politischen Diskussionen der letzten Monate.

Dabei ging es im Kern meist um volkswirtschaftliche Aspekte, namentlich um die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und der EU bzw. deren Umfang, Ausgestaltung und Nutzen für die eine oder andere Seite.

Mit den bilateralen Verträgen besteht seit Jahren eine bekannte Ordnung. Verträge beinhalten Regelungen zwischen zwei grundsätzlich gleichberechtigten Partnern. Von vielen Seiten wurden die Bilateralen in der Vergangenheit immer wieder als die geeignete Lösung für die Schweiz beschworen. Dennoch sollen sie von ihrem Wesen und ihrer Ausprägung her jetzt aber nicht mehr ausreichen und passen – eine Weiterentwicklung müsse her. So will uns die EU zwingen, in den fraglichen Sachgebieten ihr Recht und alle kommenden Anpassungen inskünftig



André Rüeeggger
Regierungsrat Kanton Schwyz

ist auf einen anderen entscheidenden Umstand hinzuweisen:

Im Leben von uns Menschen und bei den Interessen eines Landes geht es nicht nur um Geld und die Wirtschaft, sondern auch um Aspekte wie Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und den Erhalt wichtiger Werte. Ist es (kurzfristiger) wirtschaftlicher Erfolg allein daher wert, das über Jahrhunderte gewachsene und bewährte schweizerische System aufzugeben, zumal dieses der Schweiz den Wohlstand überhaupt erst gebracht hat?

Wollen wir, dass im Zweifelsfall nur noch eine Elite nach den vermeintlichen wirtschaftlichen Interessen der Schweiz entscheidet, die persönlichen Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte dafür auf der Strecke bleiben und sich die Mitwirkung des einzelnen Bürgers nur noch auf das Zahlen seiner Steuern beschränken soll?

Nein, so stellen wir uns die Schweiz kaum vor. Eine Nation, ihre Bürger, sollen selber entscheiden, wohin die Entwicklung geht; jeder, ob arm oder reich, mit einer Stimme. Der volkswirtschaftliche Erfolg ist wichtig und soll mit einer liberalen Ordnung auch weiterhin verfolgt werden. Er ist aber nicht das einzig Zählende. Die Prosperität und Glückseligkeit einer Nation definiert sich vielmehr noch über weitere Werte, die für die Schweiz ebenso wichtig sind.

«**So will uns die EU zwingen, in den fraglichen Sachgebieten ihr Recht und alle kommenden Anpassungen inskünftig automatisch zu übernehmen und das letzte Wort bei Streitigkeiten soll der Europäische Gerichtshof in Luxemburg haben.**»

automatisch zu übernehmen, und das letzte Wort bei Streitigkeiten soll der Europäische Gerichtshof in Luxemburg haben.

Es ist unbestritten, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zur EU für die Schweiz wichtig sind, wobei in Erinnerung zu rufen ist, dass sich Märkte in Übersee dynamischer entwickeln und laufend wachsen. Der Glaubenskrieg über das tatsächliche Ausmass der Bedeutung der bilateralen Verträge und gegebenenfalls eines Rahmenabkommens auf die schweizerische Volkswirtschaft soll an dieser Stelle indes nicht weitergeführt werden. Vielmehr

Grundwerte bewahren



Andreas Barraud
Regierungsrat Kanton Schwyz

Eine Willensnation muss auch wollen

Unser Land gehört zu den lebenswertesten und begehrtesten Ländern überhaupt. Friede, Freiheit, Neutralität, wirtschaftliche Prosperität, politische Stabilität, kulturelle Vielfalt und eine hohe Sicherheit sind Garant dafür. Auf diese Werte dürfen wir berechtigt stolz sein. Unsere heutige Eidgenossenschaft ist das Produkt einer facettenreichen Geschichte. Und trotzdem hat sich das kleine Binnenland – mitten im Herzen von Europa – zu einem eigentlichen, viel bewunderten und hochgelobten Erfolgsmodell «Schweiz» entwickelt. Der Schlüssel zum Erfolg gründet meiner Meinung nach im gemeinsamen Willen und dem Streben der Bevölkerung nach Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit. Aber eine Willensnation muss auch wollen.

Dieser Wille hat wesentlich zu unserer schweizerischen Identität beigetragen. Die Schweiz ist mit Blick auf eine schwierige Zukunft jedoch gut beraten, an ihren bewährten Prinzipien, an ihren tief verwurzelten Grundwerten

und an ihren Traditionen, festzuhalten, so handhaben wir es im Gründerkanton der Schweiz, im Kanton Schwyz.

Wir alle stehen hier nicht nur als Bürger unserer Gemeinschaft gegenüber in der Pflicht. Diese Verpflichtung ist dauernd, denn wir haben die Welt und die Zukunft nicht von unseren Eltern geerbt – nein – wir haben sie von unseren Kindern ausgeliehen. Umso wichtiger ist es mir, dass wir täglich an unserer gemeinsamen Zukunft bauen.

Föderalismus und Autonomie

In unserem Staatswesen hält die Fremdbestimmung leider auf allen Ebenen Einzug. Die verfassungsrechtlich verankerte schweizerische Souveränität, die hoch gelobte kantonale Hoheit oder auch die von uns geachtete Gemeindeautonomie werden laufend untergraben oder missachtet. Immer ferner vom Bürger und immer weiter oben wird heute entschieden

«**In unserem Staatswesen hält die Fremdbestimmung leider auf allen Ebenen Einzug.**»

und beschlossen. Diesem unseligen Zentralisierungstrend der sich praktisch in allen Politikbereichen etabliert hat, gilt es konsequent Einhalt zu gebieten.

Wir müssen wieder zurück zu mehr Selbstbestimmung – sie stärkt unser Subsidiaritätsprinzip, unseren Föderalismus und unsere direkte Demokratie. Im Sinne der damit verbunde-

nen Eigenverantwortung – einfach ausgedrückt: Was der Bürger nicht regeln kann, soll subsidiär von der Gemeinde geregelt werden, wenn die Gemeinde dazu nicht in der Lage ist, kommt der Kanton zum Zug. Nur dort wo es den Bund zwingend braucht, soll es einen entsprechenden Verfassungsartikel auf Bundesebene geben.

«**Es gilt künftig, die eigenen Stärken weiterzuentwickeln.**»

Der Kanton Schwyz hat sich in den letzten Jahren erfolgreich gegen eine weitere Entmachtung seiner Kompetenzen gewehrt, sich damit behauptet und in den vergangenen Jahren eindrücklich entwickelt. Es gilt künftig, die eigenen Stärken weiterzuentwickeln und gleichzeitig unerwünschte Auswirkungen aufzufangen. Die zentralen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, orte ich bei den Finanzen, im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei der demographischen Entwicklung, in Wirtschafts- und Migrationsfragen, bei der Beziehung zum Bund. Es ist und bleibt eine Verbundaufgabe von Regierung, Parlament, Bezirken und Gemeinden und insbesondere der Bevölkerung, sich diesen Herausforderungen zu stellen um den Kanton Schwyz weiterhin als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort erhalten zu können und im nationalen und internationalen Umfeld zu stärken. Das entspricht dem Prinzip der föderalen Schweiz, das ist meine persönliche Meinung und mein politisches Gedankengut.

Frei und sicher.



**Ich will's
Ich wähl's
Liste 16**



Ihr Ständerat - Alex Kuprecht Erfahren und engagiert



Seit nunmehr 28 Jahren hat sich der amtierende Ständerat im Kanton Schwyz und in Bundesbern politisch engagiert und sowohl im Kantonsrat und seit 2003 auch im Ständerat für unsere Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Die Lösungsfindung steht im Zentrum seines Handelns. Er ist bekannt für eine eigene Meinung und fühlt sich dem Kanton Schwyz verpflichtet.

Glanz & Gloria Auftritte ...

... sind nicht gerade das, was ich in der Politik schätze. Sie entsprechen nicht meinem Naturell. In den vergangenen 16 Jahren habe ich vielmehr versucht, mir durch Gradlinigkeit, fundierte Arbeit und Kenntnisse der Dossiers das entsprechende Gehör in den Kommissionen und im Rat zu verschaffen. Dabei habe ich mich als Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation sehr intensiv mit der Überwachung des Nachrichtendienstes befasst. Begünstigt wurde diese Arbeit als Präsident durch die gewonnenen Erkenntnisse und der langjährigen Erfahrung in dieser Aufsichtskommission.

Aufwändig waren in der vergangenen Legislatur die Bemühungen zur Sicherung der Altersvorsorge. AHV und BVG bilden das Rückgrat der Einkommenserhaltung im letzten Lebensabschnitt. Die Materie ist sehr komplex. Dabei sind mir jahrelange berufliche Erfahrung und Kenntnisse zugute gekommen. Das Volk erkannte jedoch bei der letzten Revision die Ungleichbehandlung von bisherigen und künftigen Rentnerinnen und Rent-

nern und beendete dieses Projekt an der Urne. Es liegt nun am Parlament eine korrekte und gerechte Lösung für die Zukunft zu suchen. Die Arbeiten haben wieder begonnen und mein Engagement für eine zukunftsorientierte Lösung ist sicher.

Gemeinnütziges Engagement

Mein Engagement gilt weiterhin auch sozialen und karitativen Anliegen. Seit meinem Ausscheiden als Präsident von Netzwerk Arbeit, engagiere ich mich im Verein Compasso des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, der auf nationaler Ebene ebenfalls die Reintegration von gesundheitlich beeinträchtigten Personen verfolgt. Seit diesem Jahr gehöre ich zudem dem politischen Beirat der Schweizerischen Paraplegiker-Stiftung an. Zum kantonalen Engagement gehört auch das OK-Präsidium für das 40. Kantonale Schützenfest 2019, das im Juni mit grossem Erfolg in der Region Ausserschwyz durchgeführt werden konnte.

« Als Ständerat stehen für mich die Anliegen und Engagements unseres Kantons im Vordergrund. »

Im Fokus der letzten Jahre stand auch die Frage wie es mit dem Nationalen Finanzausgleich (NFA) weitergehen soll. Als Ständesvertreter des Kantons Schwyz habe ich mich – zusammen mit Peter Föhn – für die Schweizer Interessen eingesetzt. Durch die sachkundige Projektarbeit von Alt Regierungsrat Franz Marty in der Konferenz der Kantonsregierungen, haben sich die Fronten aufgeweicht und eine Lö-

sung für die nächste Dekade konnte gefunden werden. Unser Kanton spart damit rund 28 Mio. Franken pro Jahr ein. Die eidgenössische Solidarität hat funktioniert.

Für die Schwyzer Bevölkerung

Als Vertreter des Standes Schwyz stehen für mich die Prioritäten unseres Kantons im Vordergrund. Sie sind für einen Ständerat absolut verpflichtend. Die Parteipolitik hat dabei in den Hintergrund zu rücken. Die Wahrnehmung dieser zentralen Verpflichtung ist nicht immer einfach. Das gilt z.B. bei der künftigen Entwicklung des Talkessels von Schwyz (Asylzentrum Wintersried) oder den Verkehrsproblemen in den Ausserschwyz Regionen. Das bedingt Zugang und Einflussnahme bei Bundesräten und ihren Ämtern in Bern. Hier sind Vernetzung und politische Erfahrung unabdingbar und von besonderer Bedeutung.

« Kontinuität – gerade im Ständerat – ist von grosser Bedeutung. »

Zahlreiche Rücktritte im Ständerat

Ich bin bereit, meine Erfahrungen im Ständerat und das bisherige Engagement nochmals für vier Jahre einzubringen. Es wird die letzte Legislatur sein. Fast die Hälfte der 46 Ständeräte treten per Ende November zurück. Damit geht viel Wissen und Erfahrung verloren. Umso wichtiger ist es, dass erfahrene Ständesvertreter/innen wieder kandidieren. Als Vizepräsident des Ständerates würde es mich freuen einen Teil dieser Kontinuität zu sein und 2020/21 diesen Rat – auch zu Ehren unseres Kantons – präsidieren zu dürfen.

Mehr Geld für die Sicherheit der Schweiz

Sicherheit ist die Grundlage für eine in Freiheit lebende Gesellschaft und eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit liegt bei den Kantonen und ihren polizeilichen Organen.

Die Bundesverfassung hält fest, welche Aufgaben der Armee zugeordnet sind. Sie ist das letzte Mittel, die der Bund zur Verteidigung unseres Landes, zur Unterstützung der zivilen Behörden und bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen oder bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen einsetzen kann. Das bedingt jedoch, dass unsere Armee **genügend gross, gut ausgebildet, mit dem richtigen Material ausgerüstet ist und rasch aufgeboden** werden kann.

Den Veränderungen der Gefahren ist wachsamem Auge zu begegnen. Neue Risiken sind vorhanden, z.B. Cyberangriffe oder Terror mit religiös-fanatistischem Hintergrund.

Die finanziell notwendigen Mittel zur Erfüllung dieser verfassungsmässigen Aufgaben in der Höhe von mind. 5 Mia. sind zwingend zu bewilligen. Die Erneuerung der Kampfflugzeugflotte sowie der bodengestützten Luftverteidigung ist dringend notwendig. Die Weiterentwicklung der Armee muss planmässig fortgeführt und umgesetzt werden.

Der Nachrichtendienst ist den heutigen Gegebenheiten anzupassen, planmässig auszubauen und weiter zu entwickeln.



« Ich freue mich über jede Stimme, und danke Ihnen für ihr Vertrauen und ihre Unterstützung. »

Alex Kuprecht, Ständerat des Kantons Schwyz

Neben den kantonalen Interessen wird dabei die Sicherung unserer Sozialwerke, die Konsolidierung der Finanzen sowie die Erhaltung der Arbeitsplätze im Zentrum stehen. Dabei stellt sich auch die Frage, wie viel unsere Bevölkerung noch wachsen kann und soll. In den nächsten vier Jahren wird ohne Zweifel die Regelung unseres Verhält-

nisses zur EU von grösster Bedeutung sein. Ich stehe dem aktuellen Rahmenvertrag sehr skeptisch gegenüber. Unsere direktdemokratischen Freiheiten werden stark tangiert. Die Folgen könnten irreparabel, schwerwiegend und mit grossen Abgeltungszahlungen verbunden sein. Es droht ein schlechender Schritt in Richtung EU!



Rentensicherung Schritt für Schritt

Das 3-Säulenkonzept der Schweiz gehört weltweit zum besten Vorsorgesystem für die Einkommenserhaltung im Alter. Doch unsere Altersvorsorge muss jetzt dringend auf die Zukunft ausgerichtet werden. Die Demographie zwingt uns die überfälligen notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

Die Babyboomgeneration steht unmittelbar vor dem Renteneintritt. Schon bald gehen jährlich über 100'000 Menschen in Pension. Auf Leistungsausbauten muss verzichtet werden. Der längeren Lebenserwartung ist Rechnung zu tragen. Der Kapitalklau zu

Lasten der Aktivgeneration muss unterbunden werden. Ohne zusätzliche finanzielle Mittel wird es aber nicht gehen. Dabei muss die Last auf alle verteilt werden.

Sowohl die AHV wie auch das BVG müssen Schritt für Schritt bis Ende des nächsten Jahrzehnts gesichert werden. Die weitere Sicherung für die Periode 2030 – 2040 hat Mitte der 20er-Jahre zu erfolgen. Diese Herausforderungen sind enorm aber unausweichlich. Ideologische Positionen haben keinen Platz. Die Realitäten und Fakten sind massgebend und die Basis des Handelns.



Alex Kuprecht

- ▶ Geboren 22. Dezember 1957
- ▶ Verheiratet / 2 erwachsene Söhne
- ▶ Eidg. dipl. Versicherungsfachmann
- ▶ Kantonsrat 1990 – 2003
- ▶ Kantonsratspräsident 2002/2003
- ▶ Ständerat seit 2003
- Mitglied Sicherheitspolitische Kommission (Präsident 2014/2015)
- Mitglied Kommission Soziale Sicherheit und Gesundheit (Präsident 2010/2011)
- Mitglied Geschäftsprüfungskommission
- Mitglied Geschäftsprüfungsdelegation (Präsident 2016/2017)
- ▶ Mitglied SVP-Fraktionsvorstand Bundeshaus
- ▶ Ehrenmitglied STV Pfäffikon-Freienbach
- ▶ Ehrenmitglied Kant. Schwyzer Turnverband
- ▶ Politischer Beirat Schweizer Paraplegiker-Stiftung
- ▶ OK-Präsident 40. Schwyzer Kantonalschützenfest 2019
- ▶ Beirat SC Rapperswil-Jona

Pirmin Schwander - Einsatz für unsere Bürgerinnen und Bürger



Pirmin Schwander setzt sich nicht nur für die KESB-Opfer ein, er ist stets vor Ort, wenn es um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger geht. Seit 16 Jahren sitzt er im Nationalrat und hat mit seinen markanten Voten schon vieles bewegt.

Seit 2012 ist Pirmin Schwander Mitglied der Finanzdelegation (3 Ständeräte und 3 Nationalräte) und dadurch auch im Ständerat gut vernetzt.

Beste Voraussetzung für einen Wechsel in den Ständerat.

Freiheit

Der Nationalcharakter der Schweizer besteht in ihrer Liebe zur Freiheit. Freiheit ist das höchste Gut und darf deshalb nicht fahrlässig preisgegeben werden. Freiheit und Verantwortung nehmen in der Präambel unserer Bundesverfassung eine zentrale Rolle ein. Der Bund soll erneuert werden, um Freiheit und Demokratie gegenüber der Welt zu stärken. Deshalb hat sich in der Schweiz ein freiheitliches Staats- und Gesellschaftsverständnis entwickelt.

«Die Freiheit ist der Zement, der die Willensnation Schweiz verbindet.» Deshalb ist für mich wichtig, dass – die Bürgerinnen und Bürger in Eigenverantwortung denken und handeln. Sie übernehmen Verantwort-

tung für sich, für die Familie, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

- weiterhin das Vertrauensprinzip gilt. Beispielsweise füllt jeder seine Steuererklärung selbst aus!
- dass der Staat für die Bürgerinnen und Bürger da ist und nicht die Bürgerinnen und Bürger für den Staat.
- jeder Mensch als etwas Besonderes anerkannt wird. Wir sind keine mechanischen Instrumente, sondern Menschen aus Fleisch und Blut. Ich bin so, wie ich bin! Ich denke und spreche so, wie ich denke und spreche. Kein einziges Problem lässt sich lösen, wenn wir nur noch hinter vorgehaltener Hand über Missbrauch, Kriminalität, Schulden usw. sprechen dürfen.

«Die Freiheit ist der Zement, der die Willensnation Schweiz verbindet.»

Direkte Demokratie

Die Liebe zur Freiheit und der Respekt vor der kulturellen Vielfalt haben zu unserem freiheitlichen Staatsaufbau und zur direkten Demokratie geführt. In den letzten Jahren sind allerdings eine Unmenge Abarten der direkten Demokratie entstanden. So zum Beispiel die Expertokratie. Politiker verstecken sich hinter Paragraphen und vom Staat bezahlten Experten. Sie sind beauftragt, die Meinungen der Behörden fachtechnisch zu begründen und entsprechende Kampagnen zu organisieren. Sie versuchen, unsere demokratisch gefällten Entscheide auszuschalten unter dem Vorwand von Dringlichkeit und von höheren Interessen. Direkte Demokratie muss aber von allen Bürgerinnen und Bürgern getragen werden, nicht nur von Experten und Wissenschaftlern.

Pirmin Schwander macht es vor. Er braucht keine Experten. Es braucht gesunden Menschenverstand. Er studiert die Dossiers selbst, klärt ab, diskutiert mit den Bürgerinnen und Bürgern und bietet direkte Unterstützung an.

Keine Staatsform der Beliebigkeit

Nicht erst in den letzten Jahren haben Bundesrat, Parlament und Verwaltung Volksentscheide nicht umgesetzt. Am 20. Februar 1994 beschloss das Schweizer Volk (mit Zustimmung des Kantons Schwyz): «Der alpenquerende Gütertransitverkehr von Grenze zu Grenze erfolgt auf der Schiene. ... Ausnahmen sind nur zulässig, wenn sie unumgänglich sind.» «Die Verlagerung des Gü-

tertransitverkehrs auf die Schiene muss zehn Jahre nach Annahme der Alpeninitiative abgeschlossen sein»

Entgegen diesem Volksentscheid kamen Bundesrat und Parlament der EU im Jahr 1999 entgegen und legten den alpenquerenden Güterschwerverkehr auf 650 000 Fahrten pro Jahr fest. Diese Zielgrösse sollte bis spätestens zwei Jahre nach Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels erreicht werden. Im Jahr 2008 korrigierten Bundesrat und Parlament diesen Zeitpunkt auf zwei Jahre nach Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels. Und das Bundesamt für Verkehr schreibt 2012: «Das gesetzlich verankerte Verlagerungsziel kann nicht erreicht werden.» Fazit: Die Alpen-Initiative wurde bis heute nicht umgesetzt.

Pirmin Schwander setzt sich dafür ein, dass Volksentscheide umgesetzt werden. Volksentscheide sind ein Auftrag an das Parlament, diese umzusetzen und nicht, diese auszuhöhlen oder gar auszuhebeln.

Freiheit vor Wohlstand

Wenn wir zwischen Freiheit und Sicherheit zu entscheiden haben, dann müssen wir Freiheit voranstellen. Wenn wir zwischen Freiheit und Demokratie zu entscheiden haben, dann



« Pirmin Schwander liebt und lebt die Freiheit. Er versteckt sich nicht hinter Paragraphen. Er schaut hin, sucht Lösungen und handelt. Selbst falsche Beschuldigungen durch Behörden können ihn nicht abhalten, sich für die Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. »

müssen wir die Freiheit voranstellen. Wenn wir zwischen Freiheit und Rechtsstaat zu entscheiden haben, dann müssen wir die Freiheit voranstellen. Denn Demokratie und Rechtsstaat können nur unter freien Menschen entstehen.

Und jetzt kommt das Entscheidende. Wenn wir zwischen Freiheit und

Wohlstand zu entscheiden haben, dann müssen wir die Freiheit voranstellen. Denn Wohlstand für alle entsteht in erster Linie in einer freiheitlichen Gesellschaft. Und hier kränken wir alle. In diesem Punkt wittert die EU die grosse Chance. Wer ist schon bereit, auf Wohlstand zu verzichten? Die Devise lautet: Doch lieber ein ganz bisschen weniger Freiheit, dafür der gleiche Wohlstand. Unsere Vorfahren hatten wesentlich weniger und mussten für die Freiheit kämpfen im Bewusstsein, dass die Freiheit zu mehr Wohlstand führt. Heute führen wir einen ungleichen Kampf: Wir wollen gleichzeitig Freiheit und Wohlstand verteidigen mit dem Risiko, beides zu verlieren.

Pirmin Schwander predigt nicht Wasser und trinkt Wein. Er weiss, dass ein eigenständiger Weg der Schweiz ohne EU-Beitritt und politische Annäherung an die EU gewisse Abstriche beim Wohlstand zur Folge haben kann.



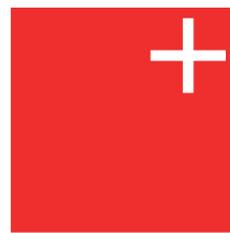
Pirmin Schwander

- ▶ 1961
- ▶ Verheiratet, 2 erwachsene Töchter
- ▶ 8853 Lachen
- ▶ Erlerner Beruf Ökonom, Dr. oec. publ.
- ▶ Aktueller Beruf Unternehmer, Mitinhaber verschiedener Firmen
- ▶ Aktiver Kampfrichter Leichtathletikverband Schwyz
- ▶ Politische Funktionen: Nationalrat seit 2003 Mitglied Finanzkommission Nationalrat Mitglied Gerichtskommission Mitglied Kommission für Rechtsfragen Nationalrat Mitglied Finanzdelegation 2015 und 2017 Präsident der Finanzdelegation 2018 – 2019 Präsident Kommission für Rechtsfragen Nationalrat Mitglied Parteivorstand SVP Schweiz Mitglied Fraktionsvorstand SVP Schweiz
- ▶ Hobbys Joggen, Lesen, Philosophie
- ▶ Militär Oberst im Generalstab aD



In den Ständerat

Für den Kanton Schwyz in den Nationalrat



Pirmin Schwander

- ✚ Beruf: Oekonom, Dr. oec. publ., Unternehmer, Mitinhaber verschiedener Firmen
- ✚ Funktion: Nationalrat
- ✚ Wohnort: Lachen
- ✚ Jahrgang: 1961
- ✚ Zivilstand: Verheiratet, 2 erwachsene Töchter
- ✚ Freizeit: Joggen, lesen, Philosophie
- ✚ Militär: Oberst im Generalstab aD



Politische Funktionen:

- Nationalrat seit 2003
- Mitglied Finanzkommission Nationalrat
- Mitglied Gerichtskommission
- Mitglied Kommission für Rechtsfragen Nationalrat
- Mitglied Finanzdelegation
- 2015 / 2017 Präsident der Finanzdelegation
- 2018 – 2019 Präsident Kommission für Rechtsfragen Nationalrat
- Mitglied Parteivorstand SVP Schweiz
- Mitglied Fraktionsvorstand SVP Schweiz

Sport:

- Aktiver Kampfrichter Leichtathletikverband Schwyz
- Ehrenmitglied Leichtathletikverband Schwyz



Steuervorlage 17 nicht zu Lasten des Mittelstandes

Bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) – wie es so schön heisst – wurden bisher weder die ursprünglichen Zielsetzungen noch die Versprechungen im Vorfeld der Volksabstimmung vom 28.11.2004 eingehalten. Immer zum Nachteil des Kantons Schwyz.

Pirmin Schwander hat von Beginn weg – also seit 2004 – und weit voraus auf die Probleme hingewiesen und Lösungen für den Kanton Schwyz aufgezeigt. Leider wurden diese von der Schwyzer Regierung jeweils in den Wind geschlagen.

Auch nach den letzten Anpassungen durch das Parlament warnte Schwander vor den Folgen für den Kanton Schwyz. Insbesondere wenn es darum geht, die Steuervorlage 17 umzusetzen. Pirmin Schwander fordert unmissverständlich: **«Die Löcher aus der Steuervorlage 17 und aus den Folgen des angepassten Finanzausgleichs dürfen nicht durch den Mittelstand gestopft werden. Die kantonalen Spielräume der Steuervorlage 17 müssen notfalls – und unter Umständen sofort – so angepasst werden, damit bei den Firmensteuern keine Verschiebungen zu Lasten der natürlichen Personen stattfinden.»**

Marcel Dettling

- ✚ Beruf: Landwirt
- ✚ Funktion: Nationalrat
- ✚ Wohnort: Oberiberg
- ✚ Jahrgang: 1981
- ✚ Zivilstand: Verheiratet, 3 Kinder
- ✚ Freizeit: Skifahren, Viehschauen, Wandern



Für eine gute, funktionierende Landwirtschaft!

Politik

- 1998 Gründungsmitglied der JSVP
- 2007 Kandidat als Nationalrat für die JSVP
- 2008 – 2016 Kantonsrat
- 2009 – 2013 Präsident der SVP Ybrig
- Seit 2018 Mitglied der Parteileitung SVP Schweiz

Seit 2015 Nationalrat

- Kommission für Wirtschaft und Abgaben

Mandate

- Verwaltungsrat der Raiffeisenbank Yberg seit 2010

Öffentlichkeitsarbeit

- Präsident Schweizer Kälbermäster-Verband
- Vorstand Schwyzer Bauernvereinigung
- Vorstand Zentralschweizer Bauernbund

Für eine funktionierende und starke Landwirtschaft

Ein freies und unabhängiges Land benötigt eine starke Wirtschaft, eine produzierende Landwirtschaft und eine funktionstüchtige Armee. Doch genau diese drei wichtigen Bereiche will linksgrün kaputt machen. Die Wirtschaft wird mit immer mehr neuen Auflagen praktisch arbeitsunfähig gemacht. Die heimische Landwirtschaft wird mit immer neuen Initiativen versucht zu vernichten, und der Armee wird immer wieder versucht das Geld zu streichen. Hier gilt es mit Vehemenz dagegen anzutreten.

Der Wohlstand in unserem Land ist nicht gottgegeben. Mit viel Geschick und harter Arbeit wurde der Grundstein von unseren Vorfahren dazu gelegt. Vor allem aber dank der einmaligen direkten Demokratie – wo das Volk der Chef ist und nicht wir Politiker – steht unser Land heute viel besser da als andere Länder in Europa. **Diese einmalige direkte Demokratie darf nicht auf dem Altar der EU-Turbos geopfert werden.**

Unser Land wurde stark, weil es klein, sicher und unabhängig ist. In einem grossem, schwerfälligen Gebilde wie der EU würde das kleine Land Schweiz untergehen.

Die SVP ist die einzige Partei, die sich ohne Wenn und Aber für die Unabhängigkeit der Schweiz einsetzt. Als einzige Partei wehren wir uns seit Jahren konsequent für die Eigenständigkeit unserer wunderbaren und vielfältigen Schweiz. Mit Erfolg. Die Schweiz ist eines der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt. Wir haben eine tiefe Arbeitslosigkeit, eine innovative leistungsstarke Wirtschaft, eine faire Steuerpolitik und eine produktive Landwirtschaft, welche die Bevölkerung mit hochwertigen Produkten ernährt. In unserem Land können wir uns frei und in Sicherheit bewegen.

Dies alles ist nicht selbstverständlich. Tragen wir Sorge dazu.



Für den Kanton Schwyz in den Nationalrat



Xaver Schuler

- ▣ Beruf: Kleinunternehmer
- ▣ Funktion: Gemeindepräsident Gemeinde Schwyz
- ▣ Wohnort: Seewen
- ▣ Jahrgang: 1980
- ▣ Zivilstand: Glücklich verheiratet
- ▣ Freizeit: Lesen, Kino, Kochen, Geschichte



Herbert Huwiler

- ▣ Beruf: Bankangestellter, lic. oec. publ.
- ▣ Funktion: Kantonsrat, Fraktionspräsident SVP Kt. SZ
- ▣ Wohnort: Freienbach
- ▣ Jahrgang: 1971
- ▣ Zivilstand: Ledig
- ▣ Freizeit: Lesen, Jassen, Geselligkeit, ein wenig Sport



Schule
 1987 – 1993 6 Jahre Primarschule Seewen
 1993 – 1996 3 Jahre Oberstufe in Schwyz

Ausbildung
 1996 – 1999 Berufslehre als Plattenleger bei Beat Föhn AG / Berufsschule Sursee LU

Berufliche Erfahrung
 Seit 2002 Kleinunternehmer im erlernten Beruf / Gebrüder Schuler GmbH in Seewen



Tradition ist die Basis unserer Demokratie!

Militär
 2000 RS als Artillerie-Kanonier in Frauenfeld
 2001 Unteroffiziersschule in Frauenfeld als Kanonier-Geschützführer
 2003 Beförderung zum Wachtmeister

Politik
 Meine Politik: Verlässlich, bürgerlich, konservativ
 Credo: Für Recht und Ordnung
 1998 Gründungsmitglied JSVP

SVP Kanton Schwyz:
 Partei-Präsident 2012 – 2016

Kantonsrat:
 Seit 2004 Kantonsrat
 2010 – 2011 Kantonsratspräsident
 Seit 2004 Mitglied der Rechts- und Justizkommission

Gemeinderat:
 2012 – 2016 Tiefbaupräsident / Bauvizepräsident
 2014 – 2016 Gemeindevizepräsident
 Seit 2016 Gemeindepräsident

2017 OKP Kanu-Weltcup
 2018 OKP Kanu-Weltmeisterschaft

Schulen:
 Primar- und Sekundarschule in Freienbach
 Gymnasium Stiftsschule Einsiedeln, Matura 1991

Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich,
 Abschluss als lic. oec. publ. 1998



- Funktionen:**
- 2008-2012 Rechnungsprüfer Gemeinde Freienbach
 - Seit 2008 Kantonsrat Kanton Schwyz
 - Seit 2012 Präsident der SVP-Fraktion im Kantonsrat
 - Seit 2012 Geschäftsleitungsmitglied SVP des Kantons Schwyz
 - Mitglied Rechts- und Justizkommission im Kantonsrat
 - Seit 2015 Vorstand Hauseigentümergebiet March-Höfe

Es darf keinen gläsernen Bürger geben

Die Garantie des privaten Eigentums gehört zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlichen und demokratischen Staates. Die Politik soll den Bürgern möglichst viel Geld im Portemonnaie belassen. Der Staat soll bei seinen zu vielen Tätigkeiten zurückbuchstabieren.

Ich möchte die Tendenzen zu immer mehr Vorschriften, immer mehr Kontrollen und zu einer steigenden Bürokratisierung in der Wirtschaft, aber auch im täglichen Leben bekämpfen.

Die Bürger sollen über ihre erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Immer wichtiger wird hier auch die Verteidigung der Privatsphäre. Den gläsernen Bürger darf es nicht geben.

Der Eigenmietwert bei selbst genutztem Wohneigentum gehört abgeschafft. Wohneigentümer, die ihre Hypotheken ganz oder grossteils amortisiert haben, dürfen nicht mit hohen Steuern bestraft werden. Das gefährliche und unsinnige System der Wohneigentumsbesteuerung macht die Schweiz für Immobilien und Konjunkturkrisen anfällig und ist aus volkswirtschaftlicher Sicht sehr bedenklich.

Die Politik soll nicht Probleme schaffen, sondern lösen und Resultate erzielen. In der Energiepoli-

tik sind ideologisch getriebene Projekte ohne Aussicht auf erfolgreiche Umsetzung zu stoppen. Die Versorgungssicherheit unseres Landes mit genügend Energie ist von grösster Wichtigkeit.

Unsere Sozialwerke helfen Bürgerinnen und Bürgern, die in Not geraten sind, und leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden. Da man in der Vergangenheit die strukturellen Probleme und das Missbrauchspotenzial der Sozialwerke stets mit Steuergeldern zugedeckt hat, ist es heute umso dringender, den Ausgleich und die Solidarität zwischen Alt und Jung, zwischen den echt Bedürftigen und den Prämien- und Steuerzahlern, wieder ins rechte Lot zu rücken. Verantwortungsvolle Lösungen brauchen eine konsequente Politik.

Die finanzielle Sicherung der AHV-Renten ist ein Muss.

Für diese Punkte will ich mich einsetzen. Für Ihre Unterstützung bereits jetzt besten Dank!

Weitsicht und Taten sind gefragt

Meine werten Landsleute, wir befinden uns in einer Zeit, in der Alles in Frage gestellt wird, was mir lieb und teuer ist. Die Souveränität des Kantons Schwyz, sowie die Unabhängigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, sind heute in Gefahr. Auf nationaler Ebene ist es nach wie vor der NFA, der uns knechtet und international die EU, die uns fremd bestimmen will.

Als 2004 über die Einführung des NFA abgestimmt wurde, waren die Argumente der Befürworter (alle ausser der SVP) jene, dass damit der Steuerwettbewerb gerettet werden könne und die allgemeine Steuerharmonisierung verhindert würde. Nichts, aber auch gar nichts davon ist eingetreten! Der NFA ist de facto eine Steuerharmonisierung. Der Erfolgskanton Schwyz musste deshalb die Steuern erhöhen und sparen. Die Befürworter verkündeten damals, der NFA würde uns jährlich maximal 40 Millionen Franken kosten. Wie falsch diese Prognose war sieht man heute, zahlen wir doch bereits 200 Millionen Franken jährlich und die Tendenz ist steigend. Wir Schwyzerinnen und Schwyzer müssen nun für solche Fehlentscheide büssen. Weitsicht und Taten sind gefragt, sowie die Kraft NEIN zu sagen.

Der schleichende EU-Beitritt wird weiter vorangetrieben, zum Beispiel via Rahmenabkommen welches die automatische Übernahme des euro-

päischen Rechts zur Folge hätte. Dieses Abkommen gilt es zu bekämpfen. Auch bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sind der Bundesrat, das Parlament sowie das Diplomatische Korps nicht bereit die schweizerischen Interessen zu vertreten. Gerade bei der Masseneinwanderungsinitiative zeigen sich die fatalen Folgen für unser Leben in der Schweiz. Es gilt die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen und nicht den Bückling vor der EU zu machen.

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes wir nun versucht, alte sozialistische Forderungen grün verpackt den Bürgern schmackhaft zu machen. Unter dem Motto «gib mir Geld so rette ich die Welt» haben sich alle Parteien ausser der SVP auf dieses gefährliche Spiel eingelassen. Die zum Teil grotesken Forderungen greifen die Grundlagen unseres Wohlstandes frontal an. Da werde ich nicht mitmachen, denn ich habe keine Lust eines Tages in einem Land aufzuwachen, das zur Ökodikatur geworden ist.

Werte Schwyzerinnen und Schwyzer, ich kann Ihnen nur eines versprechen: ich werde mit allem was mir zur Verfügung steht für unsere Nation kämpfen. Daher bitte ich Sie um Ihre werte Stimme.

Gott schütze die Eidgenossenschaft!






**Listenverbindung
mit der SVP Kanton Schwyz**

in den Nationalrat

**Junge
SVP
Liste 8**

Jan Huwiler Lukas-Fritz Hüppin Samuel Lütolf Miguel Casas

Die Junge SVP ist die aktivste Jungpartei im Kanton Schwyz

Die Junge SVP Kanton Schwyz steht konsequent für die direkte Demokratie und eine selbstbestimmte Schweiz ein. Die JSVP politisiert unabhängig und nennt die Probleme beim Namen. Dabei scheuen unsere Kandidaten nicht davor zurück, auch unangenehme Themen aufzugreifen. Wir sprechen Klartext – und bringen den dringend benötigten frischen Wind in die Politik.

Unser Leitgedanke und Idealismus gelten der Liebe zur Heimat und der Bewahrung einer freien Schweiz.

Daher fordern wir:

- Die konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer.
- Härtere Strafen bei Gewaltdelikten (Opfer- statt Täterschutz!).

die damit verbundene Einbürgerung auf Probe. Keine Automatismen bei Einbürgerungen der 2. und 3. Generation von Ausländern.

- Völkerrechtliche Staatsverträge müssen zwingend dem obligatorischen Referendum unterstellt werden.

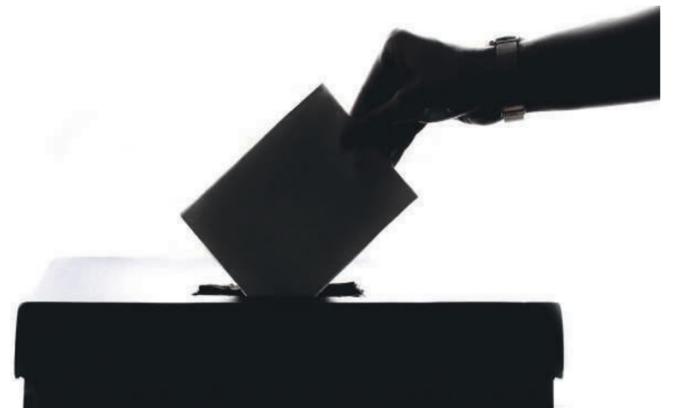
«Mit Ihrer Stimme für die Liste 8 unterstützen Sie die Jungen und stärken gleichzeitig die SVP»

- Das eigenverantwortliche Handeln und Denken eines jeden einzelnen Bürgers. Die schleichende Bevormundung durch den Staat und die EU muss gestoppt werden.
- Strengere und einheitliche Richtlinien bei Einbürgerungen und
- Der bäuerliche Familienbetrieb muss in seiner Existenz gefördert werden. Darum ist der landwirtschaftliche Freihandel mit dem Ausland strikt abzulehnen.
- Die Schweiz muss ein unabhängiges, freies und neutrales Land bleiben.

ben. Wir lehnen den Beitritt zur EU, wie auch zur NATO konsequent ab.

- Eine glaubwürdige und auf Landesverteidigung ausgerichtete Milizarmee.
- Ein praxis- und lösungsorientiertes Schulsystem.
- Für die Erziehung der Kinder sind deren Eltern verantwortlich.
- Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer, sonstigen Steuern, Gebühren und Abgaben.
- Einen sparsamen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln. Wünschbares vom Notwendigen trennen – mit Blick auf einen nachhaltigen und ausgeglichenen Staatshaushalt.
- Die Rückkehr zur einer massvollen und wirtschaftlich vertretbaren Einwanderungspolitik – der schleichenden Zerstörung der Schweizer Kultur muss entgegengewirkt werden.

» Mehr auf jsvp-sz.ch



Jede Stimme zählt!

Am 20. Oktober wird das Eidgenössische Parlament neu gewählt. Leider bleibt immer noch etwa die Hälfte der Stimmbürger zuhause. Es geht um die Zukunft unseres Landes. Überlegen Sie es sich gut und schauen Sie nicht tatenlos zu. Nutzen Sie Ihre demokratischen Rechte und bestimmen Sie mit – für eine freie und sichere Schweiz! Jede Stimme zählt!

Wählen Sie die JSVP. Wir wehren uns konsequent gegen die EU-Anbindung. In der Schweiz bestimmen wir selber und wollen nicht als Vassallenstaat der EU enden.

Wir stehen für die Bürger ein und wollen keine neuen Steuern und Abgaben. Der Staat soll vernünftig wirtschaften und keine Steuergelder verschleudern.

Innerhalb der letzten dreizehn Jahre sind 1 Mio. Menschen in unser Land eingewandert. Der ungebremsten Zuwanderung und deren Folgen muss nun endlich Einhalt geboten werden!

Mit Ihrer Stimme für die Liste 8 unterstützen Sie die Jungen und stärken gleichzeitig die SVP! Besten Dank.

**Samuel Lütolf,
Präsident Junge SVP,
Küssnacht am Rigi**



Wir empfehlen Ihnen
in den **Nationalrat:**

Samuel Lütolf

Wohnort:
Küssnacht am Rigi

Beruf:
IT-Unternehmer

Schwerpunkte:
Finanz- & Wirtschaftspolitik,
Migrationspolitik

Politisches Engagement:
Präsident JSVP SZ,
Vizepräsident SVP Küssnacht

Hobbies:
Motorrad, Sport & Musik

Tatkräftiger Einsatz für unsere freie Schweiz

Als junger Unternehmer kenne ich die Herausforderungen des Gewerbes und bin es gewohnt tatkräftig anzupacken. Ich setze mich für den Föderalismus ein, für die direkte Demokratie und dafür, dass die Schweiz weiterhin neutral bleibt.



Konsequente Politik für bürgerliche Werte

Weil ich für eine starke direkte Demokratie bin, kandidiere ich für den Nationalrat. Ich will mitreden, mitschaffen und mitentscheiden – damit Volksentscheide konsequent umgesetzt werden – damit mit Steuergeldern vernünftig umgegangen wird – damit der Wirtschaftsstandort Schweiz gefördert wird.

Lukas-Fritz Hüppin

Wohnort:
Nuolen-Wangen

Beruf:
Projektleiter / Studium BWL

Schwerpunkte:
Sicherheitspolitik

Politisches Engagement:
Gemeinderat in Wangen

Hobbies:
Sport, Reisen und Labrador Zizou

Miguel Casas

Wohnort:
Bäch

Schwerpunkte:
Innenpolitik

Beruf:
Geschichtsstudent /
Content- & Community Manager

Politisches Engagement:
JSVP SZ,
Mitglied SVP Freienbach

Hobbies:
Reisen, Kochen & Lesen

Rational und selbstbewusst

Ich kandidiere, weil ich eine selbstbewusste und freie Schweiz will. Der Schweizer Bürger soll wieder selbstständiger agieren und mit seinem eigenen gesunden Menschenverstand urteilen. Nur so können Radikale und Fanatiker gestoppt und unsere Werte gestärkt werden.



Der Schweiz Sorge tragen

Die Schweiz ist meine Heimat, mein Zuhause. Es ist ein Land mit einer langjährigen Tradition von Freiheit und Unabhängigkeit, welche es zu schützen gilt. Besonders die EU versucht der Schweiz diese Freiheit und Unabhängigkeit zu rauben.

Jan Huwiler

Wohnort:
Feusisberg

Beruf:
Student Maschinenbau

Schwerpunkte:
Innen- und Aussenpolitik

Politisches Engagement:
Vorstand JSVP SZ,
Mitglied SVP Feusisberg

Hobbies:
Unihockey, Wandern, Klettern



So wählen Sie richtig!

1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzettel (Listen)
- Ständeratswahlzettel
- Kleines Couvert
- Stimmrechtsausweis

2. Wählen Sie Ihre Nationalräte:

Trennen Sie die SVP-Liste vom Wahlzettel-Block ab und legen Sie die SVP-Liste Nummer **16** unverändert ins kleine Couvert.

3. Wählen Sie Ihre Ständeräte:

Trennen Sie die SVP-Liste vom Wahlzettel-Block ab und legen Sie die Ständeratsliste **C** unverändert ebenfalls ins kleine Couvert.

4. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

5. Alles ins grosse Couvert:

Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert.

Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

6. Abschicken:

Couvert bis spätestens **17. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **18. Oktober** auf die Gemeinde bringen oder am **20. Oktober** an die Urne gehen.

Achtung!

- Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste und **eine** Ständeratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



Vom Klimafieber anstecken lassen?

Umweltmassnahmen systematisch angehen und umsetzen



René Bünter
Regierungsrat Kanton Schwyz

Um es vorweg zu nehmen: Der Kanton Schwyz kennt keine eigene «Klimapolitik». Natürlich geht die Klimadebatte am Kanton Schwyz nicht spurlos vorbei. Diverse parlamentarische Vorstösse zu Klima, Energie, Ressourceneffizienz zeugen davon. Anstatt einfach auf den «Klimazug» aufzuspringen, besinnt sich der Kanton Schwyz auf das, was ihn so erfolgreich macht: Nicht gleich jede Neuerung mitmachen, «Friday-for-future-Bewegung» hin oder her, sich der eigenen Stärken und Möglichkeiten bewusst werden – erst dann handeln.

Zunehmende Wetterextreme und Naturereignisse sind Tatsachen. Darauf haben wir uns einzustellen. Mit geeigneten Massnahmen sind die Ursachen anzugehen, oder die Folgen kalkulierbarer zu machen, respektive allfällige Schäden möglichst zu vermeiden, oder dann zu minimieren.

Konkrete Handlungen und Planungen:

Ökologische Stromproduktion

Mit den Wasserkraftwerken an der Muota, Sihl und Wägtaler-Aa wird seit teilweise mehr als acht Jahrzehnten nachhaltiger, CO²-neutraler Strom produziert.

Deponie-Planung 2017

Mit dieser Grundlage ist sichergestellt, dass langfristig genügend Raum für die Ablagerung von unverschmutztem Aushubmaterial und Abfällen bei uns zur Verfügung steht. Damit entstehen weniger Lastwagenfahrten für den Aushub-Transport.

Wasserrechtsgesetz (WRG) 2018

Mit der WRG-Revision sind die Zuständigkeiten und Finanzierungen neu geregelt, dass u.a. Gewässer-Revitalisierungen effizienter realisiert werden können.

Trockenheit 2018

Der Umgang von Wasser-Entnahmen v.a. aus Fliessgewässern wurde neu definiert. Damit wird einer drohenden Austrocknung rechtzeitig entgegen gewirkt. Übrigens entsprechen die Grundwasser-Stände in diesem Jahr wieder dem langjährigen Mittelwert.

Neophyten-Strategie 2018

Nach der dreijährigen erfolgreichen Pilotphase wurde mit dieser Strategie

eine wirksame Basis gelegt, damit alle Gemeinden, Bezirke und neu auch Körperschaften gezielt gebietsfremde, invasive Pflanzen kontrollieren können.

Revision der kantonalen Naturgefahrenstrategie 2019
Das integrale Risikomanagement ist das Grundprinzip des risikoorientierten Umgangs mit Naturgefahren.

Waldgesetz (WaG) 2020

Mit der WaG-Revision werden die Voraussetzungen geschaffen, damit die grossen Forstbetriebe ihre Wälder und damit die einheimischen Res-

sourcen effizient und noch eigenverantwortlicher nutzen können.

Bei der Klimahysterie darf nicht vergessen gehen, dass sich einige Umwelt-Indikatoren im Kanton Schwyz positiv entwickeln (2000-2015):

- mit 10 Hochwasserschutzprojekten 5.2 km ökologisch aufgewertet;
- in 46 Natur- und Sonderwaldreservaten 3650 ha ausgeschieden;
- 151 Biotop von nationaler Bedeutung mit 3320 ha, sechs Landschaftsschutzobjekte mit 5206 ha und ein Wildtierschutzobjekt mit 62 ha gesichert;
- mit 2.5 Mio. Fr. neun alte Kehrrichtdeponien zum Schutze von Wasser und Boden komplett entfernt;
- landwirtschaftliche Biodiversitätsförderflächen von 2616 ha (2003) auf 4207 ha (2016) erhöht; u.a. mit vernetzten Bäume: von 297 Bäume auf 43 310 Bäume.

«Klimapolitik» ist ein Produkt aller staatlichen und privaten Tätigkeiten zusammen. Dafür setze ich mich weiterhin für das Machbare ein: für unse-

Landschaftspreis 2019

In einem würdigen Festakt haben die Moorwälder auf der Ibergereg den Landschaftspreis 2019 der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz erhalten. Dieser Preis freut mich sehr. Damit werden vor allem die Landwirte, Äpler und Waldarbeiter geehrt. Sie haben diese Jahrhunderte alte Kultur- und Naturlandschaft bewirtschaftet und geprägt.

So entstand, was wir heute bestaunen – zusammen mit vielen weiteren einzigartigen «Naturdenkmälern» im ganzen Kanton.

ren landschaftlich und wirtschaftlich blühenden Kanton Schwyz.

Zudem bin ich überzeugt, dass wir alle viel für unsere Umwelt selber tun können: Abfall vermeiden, Littering bekämpfen, ressourcenschonendes Verhalten und vieles mehr.



In den Nationalrat

Liste 16

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Herbert Huwiler
Xaver Schuler
Marcel Dettling bisher
Pirmin Schwander bisher

www.sz2019.ch